

veröffentlicht Januar 2004, aktualisiert Januar 2007, 2009

Die Schuldenfalle

Das Märchen von den (mündel-) sicheren deutschen Staatspapieren

Was bedeutet "mündelsicher"?

Eine Person, welche unter Vormundschaft steht, nennt man in der Gesetzgebung "Mündel". Das Vermögen eines Mündels muss durch den Vormund bzw. Rechtspfleger mündelsicher angelegt werden. Anlagevorschriften regelt das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB vom 18.09.1896 mit späteren Änderungen):

§ 1806 BGB [Anlegung von Mündelgeld]

Der Vormund hat das zum Vermögen des Mündels gehörende Geld verzinslich anzulegen, soweit es nicht zur Bestreitung von Ausgaben bereit zu halten ist.

§ 1807 BGB [Regelmäßige Anlegung]

(1) Die im § 1806 vorgeschriebene Anlegung von Mündelgeld soll nur erfolgen:

1. in Forderungen, für die eine sichere Hypothek an einem inländischen Grundstück besteht, oder in sicheren Grundschulden oder Rentenschulden an inländischen Grundstücken;
2. in verbrieften Forderungen gegen den Bund oder ein Land sowie in Forderungen, die in das *Bundesschuldenbuch* oder in das *Landesschuldbuch* eines Landes eingetragen sind;
3. in verbrieften Forderungen, deren Verzinsung vom Bund oder einem Land gewährleistet ist;
4. in Wertpapieren, insbesondere Pfandbriefen, sowie in verbrieften Forderungen jeder Art gegen eine inländische kommunale Körperschaft oder die Kreditanstalt einer solchen Körperschaft, sofern die Wertpapiere oder die Forderungen von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt sind;
5. bei einer inländischen öffentlichen Sparkasse, wenn sie von der zuständigen Behörde des Bundesstaats, in welchem sie ihren Sitz hat, zur Anlegung von Mündelgeld geeignet erklärt ist, oder bei einem anderen Kreditinstitut, das einer für die Anlage ausreichenden Sicherungseinrichtung angehört.

(2) Die Landesgesetze können für die innerhalb ihres Geltungsbereichs belegenen Grundstücke die Grundsätze bestimmen, nach denen die Sicherheit einer Hypothek, einer Grundschuld oder einer Rentenschuld festzustellen ist.

§ 1811 BGB [Andere Anlegung]

Das Vormundschaftsgericht kann dem Vormund eine andere Anlegung als die in § 1807 vorgeschriebene gestatten. Die Erlaubnis soll nur verweigert werden, wenn die beabsichtigte Art der Anlegung nach Lage des Falles den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Vermögensverwaltung zuwiderlaufen würde.

Deutschland steckt in der Schuldenfalle. Zu hoch ist der Schuldenberg. Das Finanzsystem - weltweit - droht außer Kontrolle zu geraten. Trotzdem werden Staatsanleihen gedanken- und bedenkenlos von Banken, Sparkassen, Versicherungen und Verbraucherzentralen als (mündel-) sichere Anlageform weiter empfohlen. Wer beißt schon die Hand die ihn füttert und wer profitiert hier eigentlich von wem und wofür? **Was ist Mündelsicherheit tatsächlich wert? Muss der Begriff "Mündelsicherheit" neu definiert werden?**

Selbst wenn 100% sicher ist, dass ein Staat seine Schulden nicht mehr bezahlen wird, bekommt er trotzdem weitere Kredite, wenn garantiert ist, dass die Zinsen weiter fließen! Bei Staatskrediten ist normalerweise der Zinsfluss über viele Jahrzehnte gesichert. Kein Ärger mit Darlehensnehmern, die sterben oder insolvent werden. Staaten sterben nicht, zumindest nicht kurzfristig. **Eher kürzt ein Staat die Sozialleistungen, als dass er die Zinsaufwendungen für den Schuldendienst einstellt.** Zinszahlungen haben absolute Priorität. Der Staat mit seinen vermeintlich sicheren Mündelgeldanlagen (Schuldgeld) ist der beliebteste Kunde der Banken, Sparkassen und Versicherungen. Er genießt höchste Bonität. Denn der Staat ist ein treuer Kunde, den man nicht mehr verliert, über Generationen und Jahrhunderte. Bei einem Drogendealer ist das nicht viel anders, einmal Kunde, immer wieder Kunde.

Doch die Schuldenuhr tickt ...

Während in Inflationszeiten Anleger Substanzverluste erleiden, erzielt der Schuldner per Saldo Substanzgewinne. Denn Schulden werden aus inflationiertem, ungedecktem Geld zurückbezahlt. Das System nutzt großen, international tätigen Firmen und Sachwertbesitzern und schadet kleinen Sparern und kleinen Schuldnern. Größter Schuldner Deutschlands ist mitunter unser eigener Staat und damit indirekt wir selbst. **Banken und Sparkassen, die Sparern ungedeckte Staatspapiere wie Bundeswertpapiere (Schuldgeld) usw. andrehen, verkaufen ihnen also mehr oder weniger Forderungen an sich selbst.** Das ist so, als wenn ich rufe, Herr Ober bringen Sie mal Geld, ich möchte bezahlen.

Wir können klar erkennen, dass die Staatsverschuldung und die Geldmenge parallel anwachsen. **Die Spannungen und das Crashpotential nehmen langfristig exponential zu.**

Die Füllhörner des Staates und der Notenbanken scheinen unbegrenzt. **Und mit jeder Rettungs-Spritze steigt die Fallhöhe.** Die soziale Abwärtsspirale ist nichtsdestotrotz in vollem Gange. Panik hinter den Fassaden. Währenddessen **kippt die Realwirtschaft** (Schrumpfungsprozesse).

Der **Gesamtschuldenstand aller öffentlichen Haushalte** (öffentlicher Gesamthaushalt: Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden) in Deutschland hat Mitte 2006 die gigantische Summe von sage und schreibe **EURO 1.500 Mrd.** (Statist. Bundesamt) erreicht

~ **596.000.000.000 (= 596 Milliarden) EURO** (1991)

==> **verdoppelt** in 9 Jahren (**Steigerung: + 101%**) <==

~ **1.198.145.000.000 (= 1,19 Billionen) EURO** (2000)

~ **1.468.130.000.000 (= 1,47 Billionen) EURO** (2005)

~ **1.543.965.000.000 (= 1,54 Billionen) EURO** (2006)*

* Schätzung Bund der Steuerzahler 02/2006

so unvorstellbar hoch ist Deutschlands Schuldenberg

bei derzeit historisch gesehen niedrigem Zinsniveau

ohne (explizit) die Zahlungsverprechen des Staates für Renten und Pensionen von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes von weit mehr als 5.700 Milliarden (= 5,7 Billionen) Euro. Die **gesamte Staatsverschuldung (implizit)** im Jahr 2006, bei der auch diese Zahlungsverprechen mit berücksichtigt sind, beträgt umgerechnet über

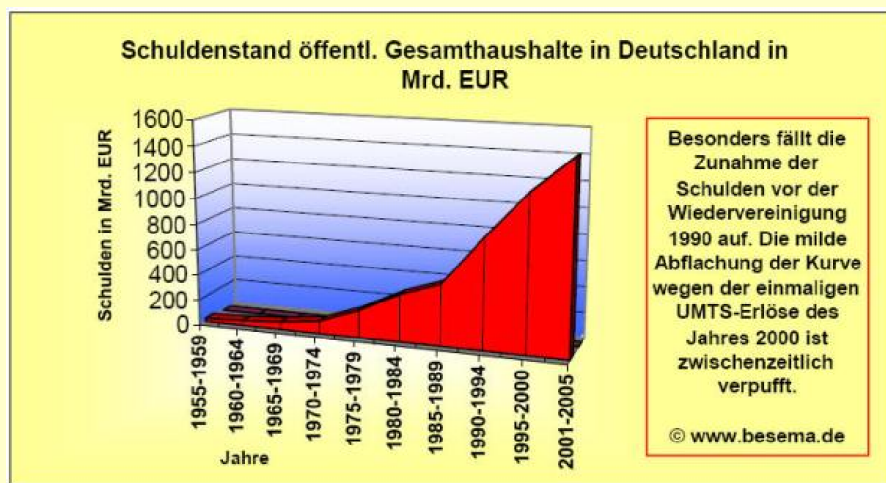
7.200 Mrd. Euro!

- eine Zahl mit einem großen roten " **B** " davor -

... und wird weiter durch großvolumige Ausgabe, vermeintlich sicherer, **ungedekter Staatspapiere (= Geldpapiere) wie Bundesanleihen, -obligationen, -schatzanweisungen, Finanzierungsschätze, unverzinsliche Schatzanweisungen, Bundesschuldverschreibungen, Bundesschatzbriefe, Schuldscheindarlehen, kommunale Schuldverschreibungen, Geldmarktgeschäfte und anderer Papiere**, die der Staat ausgibt, finanziert - Tendenz weiter steigend. Der Schuldenruch ist die Konjunktur egal. Sie tickt unsichtbar weiter.

Seit dem Jahr 1965 (!) hat der Bund keine Schulden mehr getilgt, sondern nur noch um- bzw. aufgeschuldet. Mit jedem Jahr und durch jede Neuverschuldung wird der Handlungsspielraum der öffentlichen Hand geringer (Teufelskreislauf). Am Ende steht wie immer eine **Währungsreform**. Staatsrechtsprofessor und Sachverständiger Hans Meyer (vormals Präsident der Berliner Humboldt-Universität) hat schon mal der Föderalismuskommission von Bundestag und -rat vorgeschlagen, den gigantischen Schuldenberg des Staates in Form eines **Lastenausgleichs** (wie nach dem II. Weltkrieg) durch die "Nutznießer" abtragen zu lassen (Kommissionsprotokoll 4, stenografischer Bericht, 4. Sitzung vom 22.06.2007). Anscheinend machen sich Finanz- / Wirtschaftsminister & Co. inzwischen Gedanken darüber (Erbchaftsteuer, Schuldensoli, Schuldenfonds ...), auch wenn sich staatliche Propagandaorgane über die eigentlichen Verursacher und die destruktive Dynamik des Zinses und Zinseszinses ausschweigen.

Deutschland ist höher verschuldet als alle Länder Lateinamerikas zusammen, sagt man. Das Maß des Erträglichen ist längst überschritten!



Die **operativen** Aufgaben des kostenoptimierten Schuldenmanagements im Auftrag des Bundes führt diskret, aber effektiv die "**Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH**" (<http://www.deutsche-finanzagentur.de/>) durch. Die staatliche Geldmaschine funktioniert wie geschmiert und die Kaufkraft fällt täglich. Unser Schuldenstand wurde in den letzten 9 Jahren (1991-2000) verdoppelt. Die Banken kassieren, das Finanzministerium zahlt (die Zinsen) und der dumme Steuerzahler haftet. **Schuldenstand und Neuverschuldung aller öffentlichen Haushalte sind seit den Inflationszeiten der zwanziger Jahre ohne Beispiel!** Es macht keinen Unterschied, ob der Staat ungedecktes Geld oder ungedeckte Staatsanleihen druckt. In beiden Fällen dient der Zettel nur dazu, ein Schuldverhältnis zu transportieren.

Überall stecken versteckte Zinsen: in Ihrer Miete, in Ihrer Telefonrechnung, in jedem Glas Bier. Die Telekom mit ihrem gigantischen Schuldenberg beispielsweise hat sich die Kredite von den Banken geholt. Die Zinsen für die Schulden der Telekom zahlen Sie über Ihre Telefonrechnung. Die Zinsen aus der Staatsverschuldung zahlen Sie über höhere Steuern und Abgaben. **Wenn keiner mehr versteckte Zinsen in unserem Feudalsystem bezahlen würde, hätte der Großteil der Menschen sofort 10-30% mehr Geld in der Tasche (Warenkorb)!**

Deutschlands Top-Bonität wackelt - Bundesfinanzminister blockt Ratingagenturen ab ...

Internationale Ratingagenturen prüfen, ob **Deutschlands** Kreditwürdigkeit weiter mit dem S&P-Spitzenrating 'AAA' bewertet werden kann. Scharf kritisiert werden die wachsende Staatsverschuldung und die Wirtschaftspolitik. Je schlechter das Rating ist, desto höher ist der Zins, der vom Schuldnerland dem Anleger gezahlt werden muss. Das Verhältnis der gesamten öffentlichen Verschuldung zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) - Schuldenstandsquote - war im Jahr 2005 mit 68,6% mit das höchste in der Gruppe der "AAA"-Schuldner. **Mit wachsender Verschuldung erhöht sich auch das Risiko für die Gläubiger der Staatsanleihen!** "Eine Herabstufung der Bonität würde Milliarden Euro kosten, da Bund und Länder für Anleihen höhere Zinsen zahlen müssten" (Wirtschaftswoche, 15.04.03). Letztlich zahlt die Zeche höherer Zinsen der deutsche Häuslebauer und der deutsche Mittelstand ... die Luft wird dünner.

Von der Öffentlichkeit auch kaum bemerkt, wurde Deutschland bereits im Mai 2002 im Länderrating der Coface-Gruppe (Paris), einem der führenden internationalen Kreditversicherer, vom Spitzenrating A1 auf A2 herabgestuft (Beobachtungsliste mit negativem Ausblick). Hauptgründe

Deutsche Bundesländer	Rating S&P Stand 23.10.2003	Rating S&P Stand 20.03.2006
Baden-Württemberg	AAA	AA+
Bayern *)	AAA	AAA
Brandenburg	AA	AA-
Hamburg	AA-	AA-
Hessen	AA+	AA
Nordrhein-Westfalen	AA	AA-
Sachsen	AA	AA
Sachsen-Anhalt	AA-	AA-

Quelle: Credit Rating von Standard & Poor's (S&P) - soweit verfügbar. Ergebnisse der Vergangenheit sind keine Garantie für die Zukunft, sie können schlechter oder besser sein. Alle Angaben ohne Gewähr. *) Letztes Rating vom 22.01.1992, seither nicht mehr geratet. Erläuterungen: * AAA (Triple A) - zuverlässig und stabil mit höchster Qualität (Ausfallrisiko fast Null). * AA - gut, etwas höheres Risiko als AAA. * A - wirtschaftliche Gesamtlage ist zu beachten * BBB - mittlere Güte, momentan zufriedenstellend. Ratings unterhalb von "BBB" gelten als Junkbonds.

waren: das verschlechterte Zahlungsverhalten deutscher Unternehmen, steigende Insolvenzzahlen als auch das Wirtschaftswachstum, mit das schwächste in Europa. Im Januar 2006 wurde Deutschland aufgrund der insgesamt positiven Wirtschaftsprognose für 2006 mit einer sich abzeichnenden Verbesserung der Finanzsituation deutscher Unternehmen im weltweiten Länderrating wieder in die höchste Bewertungsstufe A1 heraufgestuft.

Die Finanzen sind der Spiegel aller wirtschaftlichen (Fehl-) Entscheidungen

Und wie löst nun der Staat seine Schuldversprechen (Staatspapiere) ein? Indem er immer neue, ungedeckte Schuldversprechen abgibt oder Schuldscheine (Staatspapiere) gegen Zins weiter verleiht, ohne dass die Schuld selbst je geleistet werden muss. Die Kunst besteht darin, dass die Papiere ständig in Umlauf gehalten werden. Banken, Sparkassen und Versicherungen, die ungedeckte Staatspapiere vermitteln, brauchen den versprochenen Umtausch der staatlichen Schuldversprechen selbst niemals zu leisten. Andernfalls wären "normale" Geschäftsbanken angesichts des Schuldenbergs sofort in der nächsten Sekunde Pleite! Und was machen die Geschäftsbanken bei Fälligkeit der Staatspapiere? Sie bringen ein, zwei oder mehr neue Schuldversprechen von irgendjemand, notfalls von der nächst höheren Instanz, der Zentralbank oder irgendeinem anderen Staat – und alles ist wieder in Ordnung.

Nun muss das Erzeugen oder Ausgeben, Verteilen von ungedecktem Papiergeld nicht von Anfang an etwas negatives sein. Ungedektes Papier- bzw. Buchgeld, speziell Staatspapiere können eine gewisse Zeit durchaus segensreiche Auswirkungen (Vollbeschäftigung) entfalten. Aber diese Hoffnung löst sich regelmäßig in Luft auf, spätestens so alle zwei Generationen. **Die Blase (bubble) beginnt zu platzen, wenn alle Welt sich nur noch mit dem direkten Erzeugen / Drucken / Hineinpumpen von "fresh money" in den Schuldenkreislauf beschäftigt und sich mit einer auswuchernden Bürokratie (Steuer- und Sozialversicherungssysteme) herumschlägt statt sich mit der Güterproduktion zu befassen.**

Obwohl viele Staaten gigantische neue Schulden (**Schuldgeld**) auftürmen, geht von der Neuverschuldung kein nennenswerter "realwirtschaftlicher" Effekt mehr aus. **Die Neuverschuldung besteht vielfach nur noch aus hochgebuchten Zinsen.** So ist bekannt, dass im US-Bundesstaat Kalifornien kaum mehr Investitionen in Elektrizitätswerke getätigt werden. Der Strom wird mit hochgebuchtem Papier- bzw. Buchgeld irgendwie herbeigezaubert.

Zaubergeld = fiat – money

= aus dem Nichts erzeugtes, herbei gezaubertes Geld

(lat. Fiat Lux = es werde Licht, "dummes" Geld, silly money, money for nothing)

Der große Zusammenbruch der Stromversorgung (Blackout) in Teilen Nordamerikas am schwarzen Donnerstag, den 14.08.2003 war nur ein weiteres Zeichen – 50 (!) Millionen Amerikaner und Kanadier waren ohne Strom – weil dringend notwendige milliarden schwere Investitionen in die technische Modernisierung überalterter Stromnetze unterblieben. Man hatte offensichtlich nicht mehr genügend Geld für die Modernisierung und den Ausbau der Stromnetze, da ein Großteil der Steuereinnahmen bereits für Zinsen, Kriege usw. verpulvert wird.

Und wie sieht es nun bei uns "reichen" Deutschen aus, jammern wir nur auf hohem Niveau, weil es unsere Nachbarn auch tun? Keinesfalls, sehen Sie selbst:

Musste 1950 nicht einmal 1% des Bundeshaushalts in Deutschland für den Schuldendienst aufgewendet werden, waren es im Jahr 2002 schon 30% (!). Weitere, oft über 40% der öffentliche Haushalte gehen heute für Zahlungen an Personal und Pensionen drauf. Das ist der reinste Horror. Die Entwicklung der Staatsverschuldung verdeutlicht den Ernst der Lage. **Die fetten Jahren sind vorbei.**

Viele Menschen (Abgeordnete) verlieren den Überblick, wenn es um große Zahlen geht

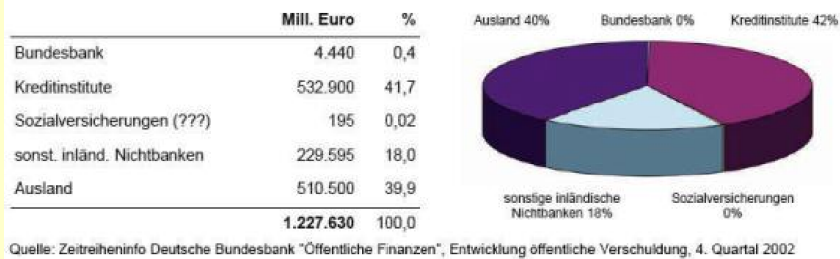
Die Zahlen und Begriffe im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung sind so losgelöst, dass sie auch für Wirtschaftswissenschaftler und -politiker in ihrer Gesamtheit kaum noch nachvollziehbar sind. Das Verrutschen einer Kommastelle nach links oder rechts oder die Verwechslung von Milliarden mit Millionen oder Billionen wird kaum mehr bemerkt.

Die Kreditfinanzierung der öffentlichen Haushalte ist nicht nur in Deutschland zum nutzlosen Selbstzweck entartet. Sie dient nicht mehr der eigentlichen Haushaltsdeckung, sondern der Finanzierung der von ihrem Gesamtschuldenstand selbst erzeugten Zinseszinsausgaben (weitere Nettokreditaufnahmen, Neuverschuldung). Die ständig erhöhte Gesamtverschuldensquote bringt wachsende Zinsaufwendungen mit sich und damit die Gefahr, dass über den **Financial Leverage (Hebeleffekt)** das Nettogesamtvermögen zunehmend aufgezehrt wird.

Besonders die **Ausstattung einer bestimmten Gruppe von monetären Geldanlagen mit staatlichen Garantien - Mündelsicherheit** § 1807 ff. BGB, Nominalwertrückzahlung - macht diese in Deutschland für private und institutionelle Anleger, vor allem deutsche Lebensversicherer, Banken und Sparkassen, als Geldanlage interessant. **Deutsche Anleger kaufen mit diesen renditeschwachen, ungedeckten Geldanlagen größtenteils die eigenen (Staats-) Schulden und nicht - wie es besser wäre - qualitativ ausgewählte renditestarke Sachwerte!**

Während zum Beispiel angelsächsische Lebensversicherer generell die ihnen anvertrauten Kundengelder nur in geringeren Anteilen in Staatsanleihen / Geldanlagen parken, gesetzlich sind Aktienquoten (Sachwerte) bis 100 % in Großbritannien möglich, sind deutsche **Staatspapiere (Schuldgeld)** als inflationsgefährdete Geldwerte auch noch mündelsicher (§ 1807 BGB) und werden besonders von institutionellen Anlegern in großem Stil **zur Absicherung der langfristigen (???) Altersvorsorge** ihrer Kunden gekauft.

Die Gläubiger des Staates: Wer leiht dem deutschen Staat wieviel Geld?



Staatspapiere (Schuldgeld) bilden den Anlageschwerpunkt im Portefeuille deutscher Lebensversicherer und Banken. Diese Großgläubiger finanzieren überwiegend die deutsche Staatsverschuldung, diesen gehört mehr oder weniger Deutschland. Das heißt auch, **dass ein Großteil ihrer vermeintlich so sicheren deutschen Kapitallebens- und privaten Rentenversicherungen aus ungedeckten Schulden besteht.** Dies gilt insbesondere für Lebensversicherer, die im Sinne der "Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen" (Anlageverordnung - AnIV) die Beiträge der Versicherungsnehmer in ungedeckte "mündelsichere" Staatspapiere anlegen (insbesondere § 1 (I) Nr. 3 ff. AnIV).

Gegen den allgemeinen Kaufkraftschwund (Inflation) und Währungsreformen sind diese "mündelsicheren" Staatspapiere (Geldanlageformen) keinesfalls (!!!) geschützt. Im Ernstfall - der niemals und von niemanden ausgeschlossen werden kann - platzt die private Altersvorsorge wie eine Seifenblase. Entscheidend ist der Inhalt, nicht die Verpackung! Bringt Sie das nicht zum Grübeln? Fragen Sie mal Ihre Großeltern wie das damals bei der Hyperinflation 1923 und der **Währungsreform 1948** in Deutschland war!

Wenn die Gläubiger der Staatspapiere das Vertrauen in die pünktliche Rückzahlung der Bundesschatzbriefe, der kommunalen Schuldverschreibungen und anderer bunt bedruckter Papiere, die der Staat ausgibt, verlieren, werden diese keine neue Staatsanleihen (Schulden) mehr kaufen. Dem Staat ginge innerhalb von Stunden das Geld aus, er wäre buchstäblich pleite / bankrott. Natürlich geht selbstredend nicht der Staat im eigentlichen Sinne bankrott, sondern seine Bürger. Die Gehälter im öffentlichen Dienst, die Renten, die Sozialhilfe, das Kindergeld, alles könnte nicht mehr pünktlich oder vollständig bezahlt werden.

Haben Sie sich schon ernsthaft Gedanken gemacht, wer die öffentlichen Schulden und vor allem von was und in welchen Zeiträumen – reichen 100 Jahre überhaupt – **jemals zurückzahlen soll?** Von den **nicht gedeckten Pensionszahlungen (mindestens € 80 Mrd. pro Jahr ab dem Jahr 2010) an öffentliche Bedienstete (fehlender Kapitalstock)** in Deutschland ganz zu schweigen. Die absehbare Entwicklung lässt nur die Wahl zwischen einem explosiv weiter ansteigenden Schuldenstand oder einem weitgehenden öffentlichen Verzicht auf die Erfüllung freiwilliger und gesetzlicher Aufgaben des Staates zu. Und wer glaubt, irgendein Staat zahle jemals seine Schulden regulär zurück, der hat aus der Geschichte nichts gelernt.

Vor 2000 Jahren waren römische Rudergaleeren sehr modern und verliehen dem römischen Reich große Schlagkraft. Vielen Männern im Ruderdienst wurde nach 25 Jahren Rudertätigkeit die Freiheit versprochen - ein Zustand der fatal an das Abtragen der Staatsschulden oder der Haushypothek erinnert.

Unsere sozialstaatsverwöhnten öffentlichen Bediensteten mit ihren vermeintlich sicheren Jobs werden sich noch wundern, was von ihren **sicheren, aber ungedeckten (fehlender Kapitalstock) Pensionszahlungen** übrig bleiben wird. Akademische Überlegungen, woher das Wirtschaftswachstum bei langfristig schrumpfender Bevölkerung (Steuereinnahme-Ausfälle), dem hohen Sättigungsgrad an Gütern in der Volkswirtschaft und dem riesigen öffentlichen Schuldenberg nicht nur in Deutschland herkommen soll, erübrigt sich. Ohne dauerhaft hohes Wirtschaftswachstum, für das es gegenwärtig und auf absehbare Zeit keine Anzeichen gibt, wird die Kaufkraft der Renten und Pensionen weiter stetig abnehmen. **Die Masse der Bevölkerung, die ihr Haupteinkommen vom Staat bezieht, wie Rentner, Pensionäre, Beamte, Soldaten, Arbeitslose, Beschäftigte im Gesundheitswesen ... läuft in eine flächendeckende Altersarmut gigantischen Ausmaßes.**

Wo liegen die Ursachen?

- **Politiker und Funktionäre hoffnungslos überfordert – Schulden seit fast 4 Jahrzehnten (!) – konzeptionsloses "Herumdoktern" statt grundlegender Reformen**
- **Geldsystem (Zaubergeld) mit Zinseszinsseffekt – ein System mit Verfalldatum**

Die Staatsverschuldung läuft im Selbstlauf dem Wirtschaftswachstum (BIP = Bruttoinlandsprodukt [\[1\]](#)) davon. Die Zinsen der Staatsverschuldung werden nicht aus dem Rückfluss von Investitionen und erzielten Gewinnen bestritten, sondern aus zukünftigen Steuern bzw. neuen Schulden. **Die Schulden der öffentlichen Hand sind die Steuern und Abgaben von morgen.**

Allen handelnden Personen ohne Zivilcourage, unseren gewählten, mehrheitlich verantwortungslosen Politikern in **vielen** Parlamenten und über alle Parteigrenzen hinweg, die über die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben entscheiden und mehrheitlich der Verschwendung öffentlicher Gelder **seit Jahrzehnten** weitgehend folgenlos zusehen, sei dank – denn **sie wissen, was sie eigentlich seit Jahrzehnten tun sollten: Nämlich nicht mehr auszugeben als** die Haushalte, für die **sie** verantwortlich zeichnen, **einnehmen. So einfach ist das!!!**

"Es ist allgemein ein unerträglicher Zustand, dass die Haftung für Fehlentscheidungen keiner der hohen Politiker und Funktionäre übernehmen wird. In der vermeintlichen Gewissheit, den schwarzen Peter später den Nachfolgern unterjubeln zu können, sobald diese sich – mit notwendiger zeitlicher Verzögerung – zum Schuldenabbau in Deutschland gezwungen sehen, wird das Spielchen ungeachtet aller ökonomischen Vernunft durchgezogen" (Lothar Späth, HB 25.06.2003).

Und was machen unsere Politiker? ... überlege ... Sie reden und diskutieren in Talkshows, die keiner gesehen haben muss, sie bilden eine Kommission nach der anderen und klammern sich an ihre Posten, die sie trotz kollektiven Versagens nicht aufgeben wollen! Viele Parlamente sind zu Orten der Besitzstandswahrer mit Vollkasko-Mentalität verkommen, während unser gesetzliches Rentensystem kollabiert, das Gesundheitssystem unbezahlbar wurde, es jede Menge Arbeitsverhinderungsgesetze gibt und die Staatsverschuldung den höchsten Stand der Nachkriegszeit erreicht hat.

Die ökonomische Sach- / Fachkompetenz gewisser Spitzenpolitiker spiegelt die desolaten volkswirtschaftlichen Verhältnisse wider:

Von den 14 Kabinettsmitgliedern des zweiten rot-grünen Bundeskabinetts unter Gerhard Schröder beispielsweise waren 7 Juristen, 4 Lehrer, eine Informatikerin, ein Diplomsozialwirt und einer ohne Beruf (Stand 10/2003). **Niemand** aus diesem Kabinetts hatte jemals eine fundierte **ökonomische** Berufsausbildung genossen. Die Erwartungshaltung, dass ein Posten an einen Minister eigentlich nur mit langjährig leitender Berufserfahrung im jeweiligen Fachgebiet vergeben werden sollte, zählt anscheinend bei Politikern nicht. Viele Jahre regiert und grundlegend nichts vernünftiges passiert.

Der Stein kommt gewöhnlich dann ins Rollen, wenn der Leidensdruck hoch genug ist und der Handlungszusammenhang für die Betroffenen transparent wird. Je früher die Veränderung kommt, desto besser! Einige Anmerkungen dazu:

- Abgeordnete im Bund und in den Länderparlamenten: überwiegend öffentliche Bedienstete und Gewerkschafter

In Berlin gibt es fast halb soviel Personal im öffentlichen Dienst (220.000 Beschäftigungsverhältnisse) wie es zusammen in ganz Großbritannien Beamte beim Civil Service (500.000) gibt! Der Anteil von Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Bundestag ruht heute bei 70%, der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder verweilt so um die 50%, mal mehr, mal weniger. In den viel zu großen Landesparlamenten setzt sich dieser Proporz ähnlich fort, obwohl deren Aufgaben ständig abnehmen und diese heute oft weniger zu tun haben als Großstadtparlamente. Seit Jahrzehnten (!) eine tolle **Demokratie**!?! Wer vertritt / vertrat eigentlich die Interessen des ganzen Volkes? Was tun wir letztlich bei der Wahl, wählen oder abstimmen oder was eigentlich??? **Wählen wir tatsächlich noch eine politische Richtung?** Es soll sich also bitte keiner beschweren, wenn bei "Wahlen" wenig Freude aufkommt und die "Wahlbeteiligung" oder sollte man besser sagen, die "Abstimmungsbeteiligung" weiter abnimmt. Die größte Oppositionspartei ist die Partei der Nichtwähler - gefolgt von der Partei der Protest- und Wechselwähler bzw. den vielen Wählern, die eigentlich nicht wissen, was wirklich abläuft.

Die Zahl der Mitglieder eines Parlaments im Verhältnis zur Einwohnerzahl lässt Rückschlüsse auf die Selbstbedienungsmentalität der politischen Klasse zu.

· Deutscher Bundestag:	614 Sitze (Stand 2006)
· Landtage:	1.785 Sitze (Stand 2006)
	2.399 Sitze

Nur wenige Parlamente sind größer (Stand 2004), darunter:

· Europäische Union:	626 Abgeordnete
· China:	2.921 Abgeordnete
· Libyen:	750 Abgeordnete
· Nord-Korea:	687 Abgeordnete

Können Sie sich erklären, warum der Bundestag nahezu so groß sein muss wie das Europäische Parlament? Vergleichbar mit den **435 Abgeordneten im Repräsentantenhaus der USA** - die USA hat 3,5mal soviel Einwohner wie Deutschland - bräuchte der Bundestag höchstens 125 Abgeordnete. Analog sind alle Länderparlamente, die Kreistage sowie die Stadt- und Gemeindevertretungen rigoros abzumagern. Einsparungen in Milliardenhöhe sind keine Utopie. Der Politiker spricht und spricht - bloß wirklich daran etwas ändern, das will er nicht.

Denkbar wäre auch, die Größe des Parlaments und die Finanzierung der Parteien an den Prozentsatz der Wahlbeteiligung aller abstimmungsberechtigten Bürger, jene 100-Prozent-Basis zu koppeln. 60% Wahlbeteiligung = 60% der Abgeordnetensitze = 60% Parteienfinanzierung. Die anderen Sitze bleiben unbesetzt. Nichts anderes geschieht zum Beispiel bei Abstimmungen im Bundestag, warum also nicht auch bei Landtags- und Bundestagswahlen?

Der Grundsatz in **Artikel 38 des Grundgesetzes**, dass Abgeordnete des Deutschen Bundestages **unmittelbar vom ganzen Volk zu wählen sind, wird durch selbstgemachte Wahlgesetze unterlaufen!** Die meisten **Parlamentsabgeordneten** stehen schon lange vor der Wahl fest. Wird ein Parteifunktionär von seiner politischen Partei auf einen **"sicheren"** Listenplatz (Zweitstimme) gesetzt, können die Wähler diesem / dieser nichts mehr anhaben.

Volksentscheid und Volksbegehren auf Bundesebene, wie seinerzeit in der Weimarer Reichsverfassung (WRV vom 11.08.1919) in Art. 73-75 verankert, werden prinzipiell nicht zugelassen: "Ein Volksentscheid bedarf der **Mehrheit der Stimmberechtigten**, wenn ... die **Verfassung geändert** werden soll" (Art. 75 f. WRV). Offen gesagt bestimmen wir bei "demokratischen" Wahlen doch nur, wer auf andere Kosten eine politische Karriere machen darf, und wer dann nach der Wahl dem Volk gelegentlich das Fell finanzpolitisch durch weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen über die Ohren ziehen darf. Regieren ohne das Volk ist blanke Realität.

"Es ist unfair, Regierungsparteien an ihren Wahlversprechen zu messen", so der Vizekanzler der BR Deutschland, Franz Müntefering (SPD) im September 2006.

In einer richtigen Demokratie geht die Macht vom Volke aus. Die einzige Wahl, die die Bürger der BR Deutschland haben, ist seine Vertreter zu wählen. Und was machen gewöhnlich Vertreter? ... sie verkaufen. **Diät für das Volk, Diäten für seine Vertreter.**

Kernfrage: Wer ist eigentlich der Souverän in Deutschland? - das Volk jedenfalls nicht. Sonst wäre das Volk befragt worden (Referendum), zum Beispiel bei den legal verweigerten Volksentscheiden zur Abschaffung der D-Mark oder bei der Annahme der unbeliebten 500 Seiten umfassenden EU-Verfassung mit 448 Artikeln und 36 Zusatzprotokollen im Mai 2005. Die Panorama-Sendung Nr. 253 vom 12.05.2005 mit dem Titel "Abstimmung der Ahnungslosen - Die EU-Verfassung im Bundestag" brachte es auf den Punkt: "Was sie da heute beschlossen haben, ist also nicht allen Abgeordneten klar. Um so klarer war allerdings das Ergebnis: 569 stimmten für die Verfassung, die sie wohl kaum gelesen haben. Das sind satte 95%. In Vielfalt geeint? So das Motto der EU. Heute muss es eher heißen: in Unwissenheit vereint". Mehrheitlich Ahnungslose entscheiden über Unwissende. So verwundert es nicht, dass gemäß einer am 27.12.2006 veröffentlichten Forsa-Umfrage "die Kluft zwischen Politik und Volk so tief wie nie zuvor" war. In Wahrheit treffen doch die Schlüsselentscheidungen vordergründig die politische Klasse, das Parteien- und Lobbyistenkartell ganz allein. Wenn Wahlen durch das Volk wirklich etwas ändern würden, müssten sie gewiss sofort abgeschafft werden.

- Öffentliche Infrastruktur

Viele Schulen sind in einem unwürdigen Zustand ... Straßen werden teilweise nur noch notdürftig geflickt. Schwimmbäder, Krankenhäuser, Postfilialen, Theater und Bibliotheken werden geschlossen. Das sind die Folgen der dramatischen Finanzkrise in unseren Städten, Gemeinden und Landkreise. Allein die **öffentlichen Zinslasten** betragen im Jahr 2006 rd. 66 Milliarden Euro. Damit **haben** sie fast **die Höhe der Ausgaben für unsere Schulen und Universitäten erreicht**. Das Desaster kommender Generationen ist offensichtlich. Trotzdem nimmt die Flickschusterei weiter ihren Lauf.

- Öffentliche Verschwendung - ausgetrickst und abkassiert

Es sind mit Sicherheit nicht nur einige die abzocken. Und warum sollen Sie es auch nicht tun? Politik und andere "Würdenträger" machen es Ihnen vor. Ob das nun eine **Bundestagspräsidentin** war, die mit Ihrem Dienst-Pkw Ihren Mann zum Friseur schickte, wo dann ein von uns bezahlter Chauffeur seine Stunden absitzt oder ob gewisse Herrschaften mit der **Flugbereitschaft der Bundeswehr** nach Zürich zur Tochter oder auf Mallorca zur Geliebten düsen oder Bundestagsabgeordnete öffentliche Bonusmeilen privat abfliegen oder wie vor ein paar Jahren eine Kreistagsdelegation nach Portugal zur Besichtigung eines Staudammes mit anschließendem Kurzurlaub für die Abgeordneten (mit Kind und Kegel) in einer eigens gecharterten Maschine flog ..., die Liste lässt sich beliebig fortsetzen (Auszüge aus dem Schwarzbuch "Die öffentliche Verschwendung", Bund der Steuerzahler Deutschland e.V. <http://www.steuerzahler.de>).

Dafür gehören die Verantwortlichkeiten geklärt. **Verantwortung übernehmen heißt, unmittelbar privat haften**, mit allem was den Verantwortlichen lieb und teuer ist: mit dem Privatvermögen und der politischen, respektive beruflichen Karriere. Verantwortung bedeutet, bei Versagen wie in der Wirtschaft gefeuert zu werden. Die Verantwortlichen gehören zur Rechenschaft gezogen, zur Kasse gebeten, **und** aus allen öffentlichen Ämtern **unehrenhaft** entfernt, ehe sie noch weiteren Schaden anrichten können.

- organisierte Verantwortungslosigkeit - Solidarpakt II (Schockstudie zum Aufbau Ost)

Der Solidarpakt II gilt seit Januar 2005. Er löste den von 1995-2004 geltenden Solidarpakt I ab. Insgesamt stellt die Bundesregierung bis zum Jahr 2019 weitere 156 **Milliarden** Euro im Solidarpakt II zur Verfügung. In einer Studie vom Mai 2006 stellte der Dresdner Finanzwissenschaftler Helmut Seitz, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre fest, dass **jeder zweite Euro aus dem Solidarpakt** in den Neuen Bundesländern (NBL) nicht entsprechend den gesetzlichen Vorgaben verwendet wird. Dadurch seien vorläufig **5,23 Milliarden (!) Euro Steuergelder verschwendet** worden, berichtet die Tageszeitung "Die Welt" am 30.05.2006. Lediglich das Bundesland Sachsen setzte die zweckgebundenen Solidarpaktmittel gesetzeskonform ein, alle anderen Neuen Bundesländer patzten. Berlin als Bundesland hat selbst **alle** Mittel falsch verwendet. Das Geld floss hauptsächlich in den Konsum (Finanzierung laufender Ausgaben) statt - wie vom Gesetzgeber gewollt - in die Investitionsfinanzierung, mit der die schwache Wirtschaftskraft der NBL gestärkt werden sollte.

Bundesländer	Ministerpräsidenten (Januar 2007)	Fehlverwendungsquote lt. Studie
Berlin	Wowereit (SPD)	100 %
Brandenburg	Platzcek (SPD)	41 %
Mecklenburg-Vorpommern	Dr. Ringstorff (SPD)	49 %
Sachsen	Prof. Dr. Milbradt (CDU)	0 %
Sachsen-Anhalt	Prof. Dr. Böhmer (CDU)	79 %
Thüringen	Althaus (CDU)	51 %

Auch in den Jahren davor hatte es bereits **mehrfach** Verschwendungsvorwürfe gegeben. In 99% der Fälle liegen die Ursachen für fiskalpolitisches Fehlverhalten auf der Ausgabenseite! Die Politik hat sich bislang damit vielfach nicht beschäftigt, sondern darauf konzentriert, mit welchen Rechenricks (Verschiebepolitik) die Welt wieder optisch in Ordnung gebracht werden kann. "Es ist allerhöchste Zeit, über Sanktionsmechanismen im Solidarpakt nachzudenken", sagte Seitz zu seinen Ergebnissen. Der laxer Umgang mit den Aufbau-Ost-Mitteln sei den Steuerzahlern nicht länger zuzumuten. **Doch Konsequenzen für die verantwortlichen "Vorbilder" hatte das nicht.** Fiskalpolitischer Irrsinn, undurchsichtig und in sich widersprüchlich. Kein Wunder, dass die gesellschaftliche Debatte "Arm gegen Reich" weiter an Schärfe zunimmt.

- Überflüssige Subventionitis

Nicht besser steht es um die Bausparprämie, die mit jährlich 500 Millionen Euro im Bundesetat zu Buche schlägt. Diese Subvention ist "vollkommen sinnlos", urteilte Bernd Bartholmai, Bauexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Die gezahlte Sparzulage von höchstens 51 Euro pro Jahr entspreche in den meisten Fällen "in etwa den Gebühren, die die Bausparkassen berechnen und sichere nur der Bausparkassenbranche ihre Existenz" (Der Spiegel, 07.07.2003).

- **Marode Sozialversicherungssysteme**

Steuer- und Beitragszahler müssen heute immer noch 21 Rentenkassen mit insgesamt 73.000 Beschäftigten zwangsfinanzieren (Stand 2006). Unsere unbezahlbar gewordenen Sozialversicherungssysteme, mitunter legal ausgeplündert durch versicherungsfremde Leistungszusagen, die die Arbeitskosten über Gebühr belasten, müssten nicht nur in Zweijahresabständen "geflickt" werden. **"Im Kern bestehen unsere sozialen Sicherungssysteme aus ungedeckten Wechsels in einem Gesamtvolumen von etwa 5 Billionen Euro. Wie diese Wechsel ... bedient werden sollen, ist ... unklar"** (<http://www.buergerkonvent.de>), so Prof. Dr. Meinhard Miegel im Juni 2003. Ungedekte Wechsel von **5 (!) Billionen**, da staunen wir nicht schlecht – uns steht bei der gesetzlichen Rentenversicherung, bei der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, kurzum bei dem zum Selbstbedienungsladen verkommenen Sozialstaat noch so manche unangenehme Überraschung bevor. "Nachtigall ich hör' dich trapsen", nicht nur in Berlin.

- **Ineffiziente Staatsverwaltung - Misswirtschaft / Fehlplanungen**

Der Bund der Steuerzahler schätzt, dass etwa 5% der Staatsausgaben durch inkompetente Behördenmitarbeiter, entgegen des Wirtschaftlichkeitsprinzips verausgabt - kurz: sinnlos verschwendet - werden. Dies entspricht einem **Verschwendungsvolumen von über 30 (!) Milliarden Euro pro Jahr**. Statt die öffentlichen Haushalte auf nicht zwingend notwendige Ausgaben zu durchforsten und so Einsparpotenziale zu entdecken, werden die Bürger weiter geschöpft (**Einführung eines Straftatbestandes bei Steuerverschwendung? Fehlzanzeige**).

"Parteien wirken wie ein riesiger Flaschenzug: eine Flasche zieht die andere hoch" (frei nach Helmut Palmer, Remstalrebell). Palmer stand mehrfach wegen Beamten- und Politikerbeleidigung vor Gericht und wurde als einer der wenigen Menschen in Deutschland sogar als Zeuge verurteilt. Doch Palmer († 24.12.2004), damals über 70jährig, ließ sich nicht abschrecken.







Man taxiert, dass es bei uns so um die 200.000 Behörden gibt. **Während vor 30 Jahren auf 4 Unternehmer ein Beamter kam, kommt heute auf einen Unternehmer ein Beamter!** Der Beamte kostet nicht nur "sich selbst", sondern er produziert auch noch Vorschriften und Gesetze, die dem Unternehmer erneut was kosten. Ganz logisch die Erkenntnis, dass die Bürokratie proportional zur Anzahl der Beamten steigt.

Noch rund 1,8 Millionen Beamte gibt es heute in Deutschland. Angestellte und Arbeiter hinzugezählt, beschäftigt der öffentliche Dienst insgesamt 4,8 Millionen Menschen (Stand 2004). Entstanden war der Riesenapparat durch die hemmungslosen Einstellungsoffensiven der sechziger und siebziger Jahre und die Übernahme der Beamtenlast aus DDR-Zeiten. **Fast jeder erfolversprechende Keim unternehmerischer Kreativität wird so im Ansatz in Bürokratie erstickt.** Dass es auch anders geht, haben uns andere Länder bereits mit beträchtlichem Erfolg gezeigt:

- Preußen-Deutschland** mit gut 67 Millionen Einwohnern wurde unter der Monarchie von nur 420.000 Beamten verwaltet.
- Beamte in **Großbritannien** sind nur in der zentralen Staatsverwaltung zu finden. Britischen Beamten ist öffentliches parteipolitisches Auftreten untersagt. Kein britischer Beamter in einer Spitzenposition kann Mitglied des Unterhauses oder des Europäischen Parlamentes werden. Es gibt auch nicht die Möglichkeit einer Beurlaubung zur Wahrnehmung einer politischen Kandidatur.
- Vor einigen Jahren hat sich die **Schweiz** in einer Volksabstimmung des ungeliebten Berufsbeamtentums entledigt. Der Beamtenstatus wurde durch einen kündbaren Vertrag ersetzt. Gezahlt wird nach Leistung.

Es wird keine Tabus mehr geben, wenn unsere öffentlichen Haushalte unter dem Druck der Verhältnisse in Ordnung gebracht werden müssen. Nur auf Pump kann nichts funktionieren. Es sind grundlegende **strukturelle** Reformen erforderlich. Warum werden so wenig Rahmenbedingungen neu gesetzt, um die Staatsquote zu verringern, zum Beispiel durch allgemeinen Abbau von Subventionen (€ 140-146 Mrd. pro Jahr sind möglich), durch Veränderung der Prioritäten in vielen Politikbereichen, Reduzierung der Abgaben, Steuern und Gebühren, **ein Steuerrecht, das wieder verständlich ist**, Privatisierungserlöse aus dem Verkauf von privatisierbarem Staatsvermögen usw. und so fort.

So hätte die Regierung sparen können (Jahr 2005):

-  rund 500 Mio. Euro werden jährlich für die Finanzierung von Parteien, Bundestagsfraktionen und politischen Stiftungen ausgegeben. Einsparung € 200 Mio.
-  Streichung der Entwicklungshilfe für Staaten wie China, Indien, Südafrika u.v.m.; Ersparnis € 400 Mio.
-  billigere Dienstreisen. Ersparnis € 10 Mio.
-  Halbierung des Bundestagspräsidiums (sechs Vize). Ersparnis € 500.000 / Jahr
-  Kürzung Agrarsubventionen (15%) nach Expertenmeinung. Ersparnis rd. € 1,8 Mrd.
-  Verzicht auf den geplanten Umzug des Bundesnachrichtendienstes von Pullach (Bayern) in einen Neubau in Berlin. Ersparnis rund € 2,2 Mrd.

Nach einer Statistik des Bundes der Steuerzahler aus dem Jahre 1998 hätten Bund, Länder und Gemeinden über Verkäufe 75 bis 100 Mrd. Euro einnehmen können. Dazu zählen Beteiligungen an Staatsbetrieben, an Unternehmen, Sparkassen, Landesbanken sowie Flughäfen, Immobilien- und Waldbesitz, die in der Regie von Ländern und Kommunen sind. Die Landesregierungen verweisen allerdings solche Zahlen ins Reich der Märchen ... Ländervermögen: Die Bundesländer wissen möglicherweise selbst nicht genau, wie hoch ihr Vermögen ist ... Kaum Nachweise: Erschwert wird die Bewertung der Landesbeteiligungen dadurch, da die statistischen Ämter keine Statistiken über die Landesvermögen führen (HB 08.07.2003). Die Umsetzung von Verbesserungsvorschlägen wirkt wie Samen auf eine betonierte Fläche geworfen.

**Ich möchte meine staatsbürgerliche Verantwortung wahrnehmen und mich für Freiheit und Demokratie politisch einsetzen.
"Prima! Zahlen Sie in bar oder per Scheck?"**

Zwischenzeitlich (Jahr 2008) ist man jedoch weit über das Ziel hinausgeschossen. Man begann im neoliberalen Rausch dem Staat seine Gliedmaßen abzuhacken (globale Enteignung) und diese an internationale Konzerne gegen Papier zu verfüttern (**Cross-Border-Leasing**): Wasserwerke, Straßenbahnen, Schienennetze, Klärwerke, Messehallen, Schulen ... alles Gemeinvermögen, ureigene Staatskernaufgaben. Jetzt, im Strudel der US-Finanzkrise zittern *hunderte* Kommunen. Es droht nach ersten Schätzungen ein Schaden von bis zu 100 Milliarden Euro bundesweit, insbesondere im Falle des Crashes der leasinggebende Bank oder des Versicherers, wenn diese als Garantiegeber ausfällt. Früher oder später bleiben nur noch die Kernbereiche staatlichen Regierungshandelns übrig: Innere Verwaltung (Finanzen), Sicherheit (Militär, Polizei) und Katastrophenschutz. Fehlt nur noch, dass sich die **Regierung** selbst privatisiert.

Leerlauf – organisierter Selbstbetrug

Nachdem unser Finanz-, Steuer- und Wirtschaftssystem auf einer überbordenden Bürokratie, auf wirtschaftlicher Unvernunft, auf Ämterhäufung der Politiker (mit üppigen Pensionen), auf Täuschung (Wahlversprechen werden grundsätzlich nicht mehr eingehalten, der Wähler systematisch getäuscht) und Selbsttäuschung aufgebaut ist, konnten unsere Regierungen in den letzten vier Jahrzehnten unser in Staatspapieren angesammeltes privates Geldvermögen längst verpulvern. Die Forderung des Bundes der Steuerzahler nach **Einführung eines Straftatbestands der Amtsuntreue, flankiert durch einen Amtsankläger**, der zum Beispiel auf Basis der Rechnungshofberichte Verschwendungsfälle zur Anzeige bringt, da dies die Rechnungshöfe von sich aus nicht können, ist aktueller denn je. Verantwortunglose, (halb-) staatlich, hoch alimentierte Besitzstandswahrer in ihren Elfenbeintürmen haben keine Skrupel, weiter ein Schuldenystem am Leben zu erhalten, das heute einen **j ä h r l i c h e n Schaden** von sage und schreibe 80 Milliarden Euro an **nutzlosen Zinszahlungen für wertlose Staatsschulden** verursacht. Dieses Geld fehlt an anderen Stellen, um die Aufgaben des Staates zu erfüllen. **Sicher ist nur, was einen eigenständigen „inneren Wert“ hat und nicht nach Belieben manipuliert werden kann.**

Noch nicht am Ende – Abkassieren zu Lasten der Allgemeinheit – wir (Gold-) Esel

Doch unsere hoch verschuldeten Industrienationen sind nicht pleite, das wäre zu grotesk, aber die Qualität ihrer Schulden verliert dramatisch an Wert. Denn die Industrienationen gaben und sie geben noch immer zu viel aus. Und plötzlich müssen wir grinsen über unser altherbes Selbstmitleid. Unser Staat ist natürlich nicht pleite, solange wir Politiker haben, die das Geld ausgeben. **Das Nullsummenspiel ist höchst effizient:** Das bisschen Geld, das man uns Bürgern in die linke Tasche steckt (Subventionen), wird uns entgegen aller Versprechen in der rechten Tasche trickreich über Steuern, Abgaben und Gebühren wieder herausgeholt. Ohne einen blassen Schimmer von der tatsächlichen Verschwendung öffentlicher Gelder kehren wir zurück in die Wirklichkeit des Alltags. Wir haben das Boot hoffentlich voller Kinder (können nicht gepfändet werden) und wen interessiert es schon, ob wir da etwas anderes heranziehen als die künftigen Steuerzahler und Müllmacher, die anspruchsvoll bequemen, endgültigen Weltverbesserer. Natürlich machen unsere hohen Politiker und Funktionäre vieles falsch. Aber untergehen werden sie nicht. Und wenn sie nicht gestorben sind, so verschwenden sie unser Volksvermögen in einem der reichsten Staaten unseres Planeten mehrheitlich noch immer.

**Die weitere Staatsverschuldung nimmt ihren Lauf,
sie hält weder Ochs noch Esel auf!**

noch Fragen?

[1] Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die allgemeine Kennzahl für die Wirtschaftsleistung eines Landes bzw. Bundeslandes.